



Antrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Gerd Mannes, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

BayernFonds und Bayerische Finanzagentur I

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen über die aktuelle und künftige Verwendung des BayernFonds mündlich zu berichten. Insbesondere ist auf folgende Punkte einzugehen:

- Kommt der BayernFonds nach Ansicht der Staatsregierung bisher seinem im Gesetz verankerten Zweck in nennenswertem Umfang nach?
- Sieht die Staatsregierung einen Bedarf für die Fortführung der Stabilisierungsmaßnahmen des BayernFonds?
- Falls die Staatsregierung Bedarf für die Fortführung der Stabilisierungsmaßnahmen des Fonds sieht, hat sie sich bereits für eine Verlängerung der Genehmigung (und der Laufzeiten der Stabilisierungsmaßnahmen) des Fonds bei der Europäischen Kommission eingesetzt?
- Falls die Staatsregierung keinen Bedarf für die Fortführung sieht, ab wann kann mit der Abwicklung des BayernFonds gerechnet werden?

Begründung:

Der BayernFonds wurde als Reaktion auf die Coronapandemie eingerichtet und soll zur Stabilisierung der Realwirtschaft in Bayern dienen. Um diesen Zweck zu erfüllen, wurde der Fonds mit Kredit- und Gewährleistungsermächtigungen in Milliardenhöhe ausgestattet. Laut dem aktuellen Jahresbericht des Obersten Rechnungshofs wurden davon im Jahr 2020 lediglich 1,3 Mio. Euro in Anspruch genommen.

Natürlich ist noch nicht klar, ob und wie viele Unternehmen im Laufe des Jahres 2021 aufgrund der restriktiven Corona-Maßnahmen in Schieflage geraten und gegebenenfalls Bedarf an den Stabilisierungsmaßnahmen des Fonds anmelden. Daher soll die Staatsregierung dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mündlich ihre Einschätzung der momentanen Lage mitteilen. Ferner soll die Staatsregierung berichten, ob sie beabsichtigt, sich um eine Verlängerung des BayernFonds zu bemühen und wie sie die Zukunft des Fonds sieht.